
Antrag

der Fraktion Die Linke

Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co. enteignen umsetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird anlässlich des vierten Jahrestages des erfolgreichen Volksentscheides Deutsche Wohnen & Co. enteignen am 26. September 2025 aufgefordert, den Willen der Mehrheit der Berliner*innen endlich anzuerkennen und ernst zu nehmen.

In diesem Sinne soll der Senat dem Abgeordnetenhaus schnellstmöglich ein Gesetz zur Vergesellschaftung großer, privater und profitgetriebener Immobilienkonzerne gemäß Artikel 15 des Grundgesetzes vorlegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2025 zu berichten.

Begründung:

Am 26. September 2021 befürworteten deutlich mehr als eine Millionen Berliner*innen bzw. 59,1 Prozent der Abstimmenden – mithin die absolute Mehrheit aller Wähler*innen der aktuell im Abgeordnetenhaus vertretenen, nicht-rechtsradikalen Parteien – das Anliegen des Volksentscheides Deutsche Wohnen & Co. enteignen.

Am 28. Juni 2023 übergab die mit renommierten Expert*innen besetzte Sozialisierungskommission ihren Bericht dem regierenden Bürgermeister Wegner (CDU) sowie dem inhaltlich zuständigen Senator Gaebler (SPD). Der Bericht bestätigt: Die Vergesellschaftung der Immobilienkonzerne ist rechtlich möglich, finanziell tragbar und das beste Instrument, um für dauerhaft bezahlbare Mieten zu sorgen. Dennoch ignoriert die schwarz-rote Regierung das Votum der Berliner Bevölkerung.

Das angekündigte Vergesellschaftungsrahmengesetz stellt keine Umsetzung des Volksentscheids dar. Der Entwurf versteht sich ausdrücklich nicht als Anwendungsgesetz. Es enthält keine unmittelbare Regelung, die privates Eigentum in gemeinwirtschaftliches Eigentum überführt. Das Gesetz entfaltet keine Rechtswirkung und würde schon deshalb vom Bundesverfassungsgericht für eine Rechtsprüfung abgelehnt werden.

Sollte das nun angekündigte „Vergesellschaftungsrahmengesetz“ der Versuch sein, der Öffentlichkeit zu signalisieren, man nehme den Wähler*innenwillen ernst, so scheitert dieser Versuch. Auch deshalb, da die Spitzen beider Regierungsparteien in der Öffentlichkeit ohnehin schon angekündigt haben, keine Unternehmen tatsächlich vergesellschaften zu wollen. Mit diesen Trickereien muss endlich Schluss sein. Der Wille der Berliner Bevölkerung muss endlich umgesetzt werden.

Gewinner der christlich-sozialdemokratischen Verschleppungstaktiken sind Deutsche Wohnen, Vonovia und Co., die weiter die Mieten erhöhen, bei den Heizkosten tricksen und weiter Milliarden Gewinne machen und – wie im Fall des Vonovia-Chefs – sprudelnde Dividenden versprechen. Die schwarz-rote Vergesellschaftungs-Verschleppung muss jetzt aufhören und endlich mit der engagierten Umsetzung des Volksentscheides begonnen werden.

Berlin, den 16.09.2025

Helm Schulze Schenker
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke